

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

18.4.1923 (No. 90)

Expedition:
Rastfeldstr. 14
Karlsruhe
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. U. e. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für April 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigengebühren: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Restbetrag gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. ...

Amtlicher Teil.

Kriegs- und Liquidationsschäden.

Im bei Kriegs- und Liquidationsschäden den Geschädigten auf einfachem und schnellem Wege die ihnen zuzehende Entschädigung gewähren zu können, ist die Möglichkeit, im Verwaltungswege Vergleichs abzuschießen, erheblich erweitert worden. Während bisher Vergleichs dieser Art nur in der hierfür bestimmten Abteilung des Reichsentschädigungsamtes in Berlin unter Beteiligung des Vertreters des Reichsinteresses abgeschlossen und infolgedessen nur verhältnismäßig wenige, zumeist größere Fälle berücksichtigt werden konnten, sind jetzt bei jeder Zweigstelle des Reichsentschädigungsamtes ein oder mehrere Vergleichskommissionen tätig, die Schadensfälle bis zu 25 Millionen Mark ohne Mitwirkung des Vertreters des Reichsinteresses im Vergleichswege zu erledigen ermächtigt sind. ...

Politische Neuigkeiten.

50 Milliarden Gold in 35 Jahren.

Aber die abgeschlossene Besprechung zwischen Poincaré und den französischen Mitgliedern des Komitees, das zum Studium des französisch-belgischen Reparationsplanes eingesetzt wurde, berichtet Savas haushaltlich: Deutschland werde die Bonds A u. B in Höhe von 50 Milliarden Gold zu begleichen haben. Die Bonds C sollen nicht abgegeben werden, sondern zur Kompensation der alliierten Schulden dienen. ...

Kohlenversorgung des besetzten Gebietes.

Die Rheinlandkommission versucht erneut, die Schuld für die dem besetzten Gebiet drohende Kohlenkatastrophe von sich abzuwälzen, indem sie die öffentlichen Anlagen des besetzten Gebietes auffordert, ihre Brennstoffe bei den Produzenten unmittelbar zu bestellen, während sie sich bereit erklärt, den Transport auf der Eisenbahn sicherzustellen bezu. auf den Wasserwegen nicht hören zu wollen. ...

In dieser Richtung hat die Rheinlandkommission aber gar keine Sicherheit gegeben. Wie weit kann man ihren Zusagen überhaupt trauen, da sie den feierlichen Vertrag „das Rheinlandabkommen“ mehrfach durchbrochen hat? ...

Die deutsche Regierung wird wohl selbst ihr Bestes tun, um die Notleidenden im besetzten Gebiet zu sorgen. Für alles, was sie unter den ihr auferlegten Hemmungen nicht zu erfüllen vermag, fällt unermessliche Schuld auf die Leiter des „friedlichen Ruhrunternehmens“. ...

Deutscher Reichstag.

„Will Frankreich Reparationen, dann ist eine Verständigung möglich. Will es aber Rhein und Ruhr behalten, dann kann es darüber keine Erörterung geben.“

Der zweite Tag der Aussprache.

Im Reichstag wurde gestern die Aussprache über die Rede des Außenministers von Rosenfeld fortgesetzt.

Hg. Dr. Gothein (Dem.):

Die Ruhraktion wird charakterisiert durch das schon früher von Poincaré abgelegte Bekenntnis, daß sein Ziel die wirtschaftliche Niederhaltung oder Vernichtung Deutschlands ist. Die formelle Annexion des Rhein- und Ruhrgebietes will Poincaré nur deshalb nicht, weil dann ja auch die Bevölkerung der annektierten Gebiete das französische Wahlrecht hätte und Frankreichs Politik gefährdet werden könnte. ...

Wir danken der Ruhrbevölkerung für ihren tapferen Widerstand. Wir fühlen die Verpflichtung, ihre Leiden so bald wie möglich zu beenden. (Beifall.) Deutschland hat die Bereitschaft zu Verhandlungen oft genug gezeigt. Die Reparationskommission hat sich bisher immer der Verpflichtung entzogen, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzuschätzen. ...

Wir hätten schon viel mehr an Reparationen leisten können, wenn Poincaré nicht alle unsere Angebote abgelehnt und durch seine Sanktionspolitik unsere Leistungsfähigkeit geschwächt hätte. Wenn wir heute eine bestimmte Summe nennen würden, so wäre dann auch eine Gewähr dafür geboten, daß wir sie auch leisten können. ...

Mit jedem Tag der Verlängerung der Ruhrbesetzung vermindert sich für Frankreich die von Deutschland erreichbare Kohlenmenge. Frankreichs Industrie ist aber auf Deutschlands Kohle angewiesen. Die notwendige Verbindung der deutschen Kohle mit dem französischen Erz wird gestört durch den französischen Militarismus. ...

Hg. Dr. Stresemann (D. Sp.):

Aktive Politik bedeutet gegenüber jeder internationalen Situation gerüst zu sein. Der Minister hat durch seine gestrige Rede die aktive Politik der Regierung in günstiger Weise fortgeführt. Entscheidend an ihr ist, daß sie eine geeignete Grundlage abgibt für internationale Abmachungen, falls die Entente und besonders Frankreich die Verständigung wollen. ...

Deutschland weiß, daß ein Kampf der Alliierten gegeneinander noch immer auf seinem Boden ausgefochten worden ist. Aber darum soll eine Einigung über die Verwendung deutscher

Rahlungen zum französischen und belgischen Wiederaufbau nicht eine Realität werden. Für England wäre es eine Frage des finanziellen Kalküls, ob ihm nicht die Wiederherstellung der deutschen Kaufkraft wertvoller ist, als der Empfang von Reparationen. ...

Für die Freiheit und Selbständigkeit Deutschlands, die darin liegt, werden Industrie, Finanz und Landwirtschaft die Garantieleistung für die deutsche Verzinsung übernehmen. Ebenso einmütig, wie Volk und Parteien hierin sind, ebenso einmütig sind sie darin, daß sie Widerstand bis zum äußersten leisten würden, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet in irgend einer Form von Deutschland abtrennen würde. ...

Der Redner weist unter lebhafter Zustimmung Äußerungen der „Deutschen Zeitung“ zurück, Deutschland wolle überhaupt nicht an Frankreich bezahlen. Kein verantwortlicher deutscher Politiker werde eine solche Haltung einnehmen, auch kein deutschnationaler. (Zustimmung rechts.) Will Frankreich Reparationen, dann ist eine Verständigung möglich; will es aber Rhein und Ruhr behalten, dann kann es darüber keine Erörterung geben. (Lebhafte Beifall.)

Die Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet sind doch wohl Vorbereitungen für die Annexion? Man will die Bevölkerung jener Gebiete führerlos machen, um dann an ihre Stelle Subjekte wie Smeets und Dorien zu setzen. (Sehr wahr.) Die Voraussetzung für alle Verhandlungen muß die Erfüllung der Forderungen sein, daß die Verhafteten und Ausgewiesenen in Freiheit in ihre Heimat zurückkehren können. (Beifall.)

Hg. Leicht (B. Sp.) begrüßt es mit Genugtuung, daß der Papst einen eigenen Vertreter ins Ruhrgebiet geschickt hat. Wenn Poincaré behauptet, Deutschland habe nichts geleistet, so ist das ein Hohn auf alle Erfüllungspolitik. ...

Hg. Stöcker (Komm.): Nur die Arbeiterklasse kann den Ruhrkonflikt und die Reparationsfrage lösen. Die Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr kämpft einig gegen den französischen Militarismus. Die Behauptung der Sozialdemokratie, kommunistische Führer hätten mit französischen Generalen verhandelt, ist schmutzige Verleumdung.

Die Arbeiter an der Ruhr führen den Kampf gegen den französischen Militarismus als Klassenkampf mit derselben Schärfe, wie gegen den deutschen Kapitalismus; der Arbeiter

Kampf wird aber geschwächt durch die Korruption der besitzenden Kreise, die sich auch bei der Verwendung der Rhein- und Ruhrhilfe breit macht. Die Stadtverwaltung Kenney verwendet die von der Ruhrhilfe zur Verteilung an die Bevölkerung kostenfrei gelieferten Kartoffeln dazu, um durch ihren Verkauf das städtische Defizit auszugleichen (Hörst, hört). Auf den Halben häufen sich die Kohlen immer mehr, sie werden von den Franzosen beschlagnahmt, weil die Regierung die Förderung einer verbilligten Abgabe dieser Kohlen abgelehnt hat. Die Arbeiterchaft sollte jetzt im Ruhrgebiet den Sechsstunden-Tag durchführen. Wir verlangen nicht nur die Fortsetzung, sondern die Verstärkung des Abwehrkampfes an der Ruhr. Wenn, wie es nach der Rede Stresemanns scheint, die französischen und deutschen Kapitalisten sich auf Kosten der deutschen Arbeiter verständigen wollen, dann wird die deutsche und französische Arbeiterchaft ihnen die gebührende Antwort erteilen.

Abg. Albers (D. S.) wendet sich scharf gegen die rheinischen Separatisten. Der gesunde Realismus habe mit solchem Separatismus nichts zu tun. Der französische Gewalt müsse die Macht des Rechtsgeistes antworten entgegengetreten werden.

Abg. v. Graefe (D. S.) berührt die prächtigen vaterländischen Worte, die der Außenminister in seiner Rede gefunden habe. Bedenklich sei nur die Aufrechterhaltung des Angebots der 30 Goldmilliarden, die einer Summe von 150 Millionen Papiermark entsprechen. Die Wiederholung von Angeboten sei ganz zwecklos angesichts des Vernichtungswillens Frankreichs. Frankreich müsse im Ruhrgebiet davon überzeugt werden, daß das deutsche Volk sich nicht vernichten lasse. Zu begrüßen seien die Ausführungen, mit denen Minister Czerwinski in Münster die Leute zurückerweckte, die nach Verhandlungen „kennen“, das sei doch eine herbe Kritik.

Gegen 7 Uhr wurde die Weiterberatung auf Mittwoch, 2 Uhr vertagt, ohne daß man an dem zweiten Tag der Aussprache mit der ersten Nebengarnitur zu Ende gekommen war. Nach der Rede von Gruppe wird morgen eine zweite Reihe zu Worte kommen, darunter für die Sozialdemokraten Breitscheid, für die Deutschnationalen Bergt. Man rechnet auch mit der Möglichkeit, daß der Außenminister die Eindrücke der Debatte noch einmal zusammenfassen wird.

Das Ende der deutschen Rheinlandkommission.

Aus Koblenz wird gemeldet: Die interalliierte Rheinlandkommission hat heute dem deutschen Rheinlandkommissar Fürst Hatzfeld durch ein Schreiben mitgeteilt, daß sie seine Mission als beendet betrachtet. Fürst Hatzfeld hat sofort dagegen Einspruch erhoben mit dem Hinweis, daß seine Ernennung nicht durch die Rheinlandkommission, sondern durch die Völkervereinigung in Paris erfolgt sei, er könne der Rheinlandkommission das Recht nicht zuekennen, sein Amt aufzuheben. Die Rheinische Bevölkerung gegen die rheinische Bevölkerung. Das Amt des deutschen Rheinlandkommissars war der interalliierten Rheinlandkommission von Anfang an unwillkommen. Nachdem der rheinische Bevölkerung durch die Unterdrückung der Presse jede Möglichkeit genommen war, ihre Rechte gegenüber der interalliierten Kommission zu vertreten, war der deutsche Rheinlandkommissar nach die einzige Stelle, die für den Schutz der Rechte eintreten konnte. Fürst Hatzfeld hat unter dem Druck der Gewalt mit seinem ganzen Personal das besetzte Gebiet verlassen.

Hierzu schreibt die „Frankf. Ztg.“ noch folgendes: Mit dieser verächtlichen Ausweisung ist die Tätigkeit des Reichskommissars für die besetzten Gebiete als beendet anzusehen. Schon seit langem war ja bekannt, daß die Franzosen und in letzter Zeit auch die Belgier darauf bedacht waren, die ihnen unangenehme Einrichtung des Reichskommissariats in Koblenz zu beseitigen. Schon einmal trat dieser Wunsch für alle Öffentlichkeit in Erscheinung, als dem ersten Reichskommissar Herrn v. Stark durch die Völkervereinigung das Agrément entzogen wurde. Der Reichsregierung war es gelungen, gegen erhebliche, vor allem französische Widerstände die Agrémenterteilung an einen neuen Reichskommissar, den Fürsten v. Hatzfeld-Wildenburg zu erreichen. Seit Beginn des Ruhrbruchs mußte das Verhältnis zwischen dem Reichskommissariat und der Rheinlandkommission zwangsläufig zu einem Konflikt hinführen. Wenn auch angenommen werden mußte, das zunächst die Völkervereinigung über eine Agrémenterteilung Bescheid fassen würde, haben die Franzosen und Belgier sich anscheinend über die Völkervereinigung hinweggesetzt, bei der Besprechung am Samstag in Brüssel sich dahin geeinigt, das Reichskommissariat kurzweg zu beseitigen und so die Völkervereinigung vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Über die Haltung Englands zu diesem Vorgehen der Rheinlandkommission kann man gespannt sein. Fürst Hatzfeld war diplomatischer Vertreter bei allen Mächten, die in der Rheinlandkommission vertreten sind, also auch bei England. Wenn Frankreich und Belgien, wie es den Anschein hat, willkürlich die Völkervereinigung ausschalten und den englischen Vertreter in der Rheinlandkommission überstimmen, dann verleben sie schwer die Rechte Englands. Wird sich England diese Brüstung gefallen lassen?

Die französische „Begründung“.

Über den Beschluß der Rheinlandkommission, den Posten des Reichskommissariats in Koblenz aufzuheben, meldet Habas: Die Einrichtung des Reichskommissariats war weder im Versailler Vertrag noch im Rheinlandabkommen vorgesehen und ist lediglich auf Ersuchen der deutschen Regierung von den alliierten Regierungen provisorisch zustande gekommen, um die Beziehungen zwischen den deutschen Beamten der besetzten Gebiete und der Rheinlandkommission zu erleichtern. Aber weit entfernt, sich als Hilfsbeamter der Rheinlandkommission zu etablieren, und für die genaue Durchführung der Ordnanungen zu wachen, habe sich der Reichskommissar vielmehr bemüht, die Tätigkeit der alliierten Behörden zu erschweren und die von ihnen unternommene Pazifizierung und Annäherung zu verhindern. (1) Auf den Vorschlag des französischen Oberkommissars sei die Auflösung des Amtes von den Alliierten schon wiederholt in Erwägung gezogen worden. Nachdem Herr v. Stark zurückgetreten war, hätten die Alliierten den letzten Rheinlandkommissar, Herrn v. Hatzfeld-Wildenburg, nur unter folgenden Bedingungen angenommen: Die zur Bekämpfung des Einflusses der Besatzungsbehörden gebildeten geheimen Verbände müssen aufgelöst werden, die bei den alliierten Militärgerichten angeklagten und nach dem nichtbesetzten Deutschland geflüchten Personen sollen ausgeliefert werden, die von den Militärgerichten verurteilten Selbstmörder sollen den Verurteilten nicht mehr von der deutschen Regierung erbeten werden, der neue Reichskommissar soll mit der Rheinlandkommission zusammenarbeiten und es sich angelegen sein lassen, ihre Aufgaben zu erleichtern. Der französische Oberkommissar Strard habe nämlich darauf hingewiesen, daß keine dieser Bedingungen erfüllt worden sei. Überdies habe die deutsche Regierung seit drei Monaten die Beamten und die Bevölkerung

der besetzten Gebiete unabhängig zur Auffassung gegenüber den Ordnanungen der Rheinlandkommission aufgefordert, weshalb jetzt von den Alliierten Regierungen auf Vorschlag des französischen und des belgischen Oberkommissars die offizielle Aufhebung des Reichskommissariats beschlossen worden sei.

Kurze Nachrichten.

* Ein neuer Reichsprotest. Die Reichsregierung hat den Regierungen in Paris, London und Brüssel im Anschluß an die bereits früher den dortigen Regierungen mitgeteilten Namen von Leuten, die mit ihren Familien aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden sind, in einer Note eine weitere Liste von zahlreichen Ausweisungsfällen überreichen lassen, die von der interalliierten Rheinlandkommission angeordnet worden sind. Die neue Liste umfaßt 833 Personen. Die deutsche Regierung legt auch gegen diese Massenausweisungen von Beamten durch die interalliierte Rheinlandkommission Beschwerde ein.

* Die deutschen Zahlungen an Belgien. Gestern morgen hat Deutschland den dritten Wechsel von 50 Millionen Goldmark bezahlt, den es nach dem Abkommen vom 15. Oktober 1922 an Belgien schuldet. Es sind nun noch drei solcher Wechsel in gleicher Höhe zu bezahlen. Es ist zu erwarten, daß der dritte Wechsel von einer holländischen Bank eingelöst werden wird.

* 170 von 206 Bahnhöfen besetzt. Über die Verkehrslage im Ruhrgebiet berichten die Blätter, daß von den 206 Bahnhöfen des Ruhrreviers 170 von den Einbruchstruppen besetzt sind. Auf 60 dieser besetzten Bahnhöfe ruht der deutsche Betrieb vollständig.

* Das Wirken des päpstlichen Delegaten. Der päpstliche Delegat Hr. Tetta stattete Herrn Thyssen in Wülheim einen Besuch ab. In den letzten Tagen sind verschiedenes Gefangenensache in der Gegend aufgetaucht worden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß sie durch die Vermittlung des Heiligen Stuhles bezw. seiner Vertreter im Ruhrbezirk ermittelt worden sind.

* Ein Opfer des französischen Bahndiebstahls. Der französische Frühpersonenzug von Wiesbaden nach Höchst am Main überfuhr vormittags 8 Uhr an einem Bahnübergang das Eisenbahnübergangswerk des Philipps Felde aus Hochheim a. M. Der Fuhrmann wurde lebensgefährlich verletzt, der Wagen völlig zertrümmert und das Pferd getötet. Der Fuhrmann wurde von der Lokomotive nach 160 Meter weitergeschleift und dann von der deutschen Zivilbevölkerung geordnet. Der Zug setzte nach Befreiung der Wagenrümmer seine Fahrt fort. Die Franzosen kümmerten sich nicht um Wunden und den Schwerverletzten, sie verlangten im Gegenteil von den Deutschen die sofortige Beilegung der Wagenrümmer von den Schienen, ein Ansuchen, das glatt abgelehnt wurde.

* Nach polnischer Ehrenmarschall. Der Präsident der Republik hat auf Antrag des Ministerrates den französischen Marschall Koch zum Ehrenmarschall der polnischen Armee ernannt.

* Militärische Hilfsdienstpflicht für Frauen in Polen. Die Militärkommission des Sejm hat den Vorschlag betreffend die Militärdienstpflicht beraten. Angenommen wurde ein Antrag, demzufolge die Dienstzeit auf 1 1/2 Jahre festgesetzt wird, ferner ein Antrag, welcher die Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren zu militärischem Hilfsdienst verpflichtet.

Badische Übersicht.

Der 1. Mai in Baden.

Mit der diesjährigen Maifeier beschäftigte sich, laut „Volksfreund“, die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags in ihrer letzten Sitzung. Nach einer Mitteilung des Ministers des Innern im Ausschuß des Landtags für Rechtspflege ist der 1. Mai als gesetzlich gebotener Feiertag im allgemeinen zu beachten. Die Vornahme der bringenden landwirtschaftlichen Arbeiten an diesem Tage hingegen müsse jedoch in diesem Jahre ebenso wie im vorigen gebildet werden. Das sei eine der Voraussetzungen dafür, daß die bürgerl. Parteien im bad. Landtag sich mit der Beibehaltung der Feiertage des 1. Mai abfinden. Wenn nicht endlich der Reichstag die Erklärung des 1. Mai zum Feiertag zur Entscheidung bringe, halte es schwer, der für Baden getroffenen Regelung volle Gehörkraft zu verleihen. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich damit einverstanden, so daß die Maifeier 1923 in Baden in der gleichen Weise wie im vorigen Jahre begangen wird.

Mannheim.

Das Postbüro teilt mit: Am 16. d. M. abends wurde ein Polizeibeamter auf der Altriperstraße von einem französischen Offizier darüber zur Rede gestellt, weshalb er ihn nicht grüße. Der Polizeibeamte erwiderte darauf zunächst nichts und auf die wiederholte Frage mit: Nein. Daraufhin schlug ihm der Offizier den Helm vom Kopfe, so daß der Polizeibeamte auf den Boden fiel. Mit einem von der Wache herbeigerufenen französischen Soldaten brachte der Offizier den Polizeibeamten nach der Wache. Dortselbst wurde er nach Abnahme seiner Ausrüstungsgegenstände (Säbel, Gummihügel) in einen Holzschuppen eingesperrt. Nach einiger Zeit wieder herbeigerufen und befragt, ob er nunmehr grüßen wolle, antwortete der Polizeibeamte abermals mit: Nein. Daraufhin wurde er die ganze Nacht hindurch in dem Holzschuppen zurückgehalten. Gestern früh wurde er von französischen Soldaten über die Altriper Straße nach Ludwigshafen transportiert und daselbst einer französischen Stelle vorgeführt. In Ludwigshafen war die Rede nicht mehr von Grüßen, sondern vom Betreten besetzten Gebietes. Der Polizeibeamte wurde im Laufe des Vormittags wieder auf freien Fuß gesetzt.

Karlsruhe.

Am Karlsruher Rheinhafen haben die Franzosen vor das Lager der Firma Rielen (Mittelbaden) bis jetzt 5 leere Röhre gebracht, in die die Holzbohrer dieser Firma verladen werden.

Offenburg.

Der Stationsvorstand vom Offenburger Rangierbahnhof, Meiser, Eisenbahnpolizei-Gall, Amtsgerichtsrat Borchs, die im Verwaltungsgebiet des Rangierbahnhofes Offenburg wohnen, müssen ihre Dienstwohnungen innerhalb 24 Stunden räumen, weil in dem Bahnhof Sabotageakte vorgekommen sein sollen. Wenn wirklich Beschädigungen entstanden sind, dann dürften sie nur auf die Intelligenz der Franzosen selbst in der Beschädigung der Einrichtungen zurückzuführen sein.

Jahresversammlung des Deutschen Hochschulamtes für Leibesübungen.

B. Gelegentlich des 3. Deutschen Hochschultages in Marburg fand die erste Jahresversammlung des Deutschen Hochschulamtes für Leibesübungen statt. Es galt, sich Rechenschaft darüber abzulegen über die Arbeit der Zentralstelle, die vor anderthalb Jahren von den 4 Spitzenverbänden, dem Verband der Deutschen Hochschulen (für die Dozentenchaft), der Akademikergemeinschaft des Verbandes der Deutschen Sportlehrer und der Vereinigung der Hochschul-Turn- und Sportlehrer, des Amtes für Leibesübungen der Deutschen Studentenschaft und des Deutschen Akademischen Bundes für Leibesübungen (Zusammenschluß der studentischen Verbände) gebildet worden war. Aus den Berichten der Sachausschüsse des Deutschen Hochschulamtes für Leibesübungen ging ebenso wie aus den Ausführungen der Akademischen Ausschüsse für Leibesübungen (örtliche Instanzen) hervor, daß die geschaffene Einigung es ermöglicht hat, eine weitläufigere Förderung der Pflege des Körpers wie die der des Geistes eine Stätte an Deutschlands hohen Schulen zu schaffen. Die Berichte zeigten, daß nicht nur in der Reichsorganisation, dem Dehofel, sondern auch an örtlichen Stellen überall tatkräftige Menschen die Arbeit in die Hand genommen haben und gewillt sind, sie vorwärts zu bringen. Wenn auch noch an vielen Stellen die Anerkennung dieses wichtigen Erziehungszweiges nicht grundsätzlich durchgeföhrt ist, so liegt das weniger an den dort tätigen Persönlichkeiten, sondern eher in der Art der Einstellung. Aus den Berichten seien besonders die des Ausschusses für Leistungsprüfungen hervorgehoben, in denen dargelegt wurde, daß sich auch ohne die behördliche Anerkennung der Gedante der pflichtmäßigen Leibesübungen bereits an den meisten Hochschulen durchgeföhrt hat. Die beiden ersten Auflagen des Leistungsbuches, wie es durch die Förderung des Göttinger-Elan-er Studententages nach Einführung pflichtgemäßer Leibesübungen von Dehofel herausgegeben waren, sind bereits restlos vergriffen. Die neue Auflage wird nach den Erfahrungen der vergangenen 3 Semester umgeändert und den wirtschaftlichen Werten entsprechend einfacher ausgestattet und neu herausgegeben werden. Der Sachausschluß für Turnen und Sport könnte ebenfalls von sehr erfreulicher Tätigkeit berichten, die sowohl in der Arbeit aus den verschiedenen Sportgebieten als auch an den Hochschulen überall Fortschritte zeitigt. Die Durchführung der örtlichen Hochschulmeisterschaften, wie auch der Deutschen Hochschulmeisterschaft 1922 zeigten einen bedeutenden Fortschritt gegenüber den anderen Jahren sowohl auf dem Gebiete der Erziehung der Allgemeinheit als auch in den Einzelleistungen, nur der äußere Rahmen müsse den Zeiten entsprechend verlängert werden. Die Gesamtarbeit wurde schon jetzt auf die Vorbereitung des Deutsch-Akademischen Olympus 1924 gelegt. Auch das Akademische Wandern konnte von schönen Fortschritten aus seiner Tätigkeit berichten. Von den örtlichen Vereinen sei hier nur Karlsruhe erwähnt, das im vergangenen Semester eine Beteiligung von 55 Prozent aller Studierenden auf dem Hochschul-Turn- und Sportplatz, 73 Prozent überhaupt berichten konnten. 60 Prozent aller Studierenden der Technischen Hochschule Karlsruhe haben die Leistungsprüfungen abgelegt. Auch andere Hochschulen berichteten von ähnlichen Erfolgen, wenn sie auch nicht derartig hohes Zahlenmaterial beibrachten.

Der Deutsche Hochschultag selbst erkannte ebenfalls die Notwendigkeit der Arbeit des Deutschen Hochschulamtes für Leibesübungen an und wünschte ihm für die zukünftige Arbeit den Erfolg, den es braucht, um seiner Aufgabe gerecht werden zu können.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Ffrahheim, 17. April. Zwischen Erlingen und Ffrahheim wurde ein junger Kaufmann, der mit seinem Rad zur Arbeitshalle fuhr, im Walde von einem jungen Mann überfallen. Der Wegladerer zwang ihn mit vorgehaltenem Revolver sein Geld auszuhandeln. Er erbeutete 6000 M. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde ein junger Mann aus Wfrahheim festgenommen. Der Verdacht bestätigte sich jedoch nicht. Der Täter konnte noch nicht festgenommen werden.

Kastatt, 17. April. Wegen Hehlstahles im Steinbruch Hörauf, zwischen Haltestelle Reichentaler Straße und der Station Weihenbach, war der Murgtalverkehr von heute vorm. 5 Uhr bis gegen 2 Uhr unterbrochen. Der Reiseverkehr wurde durch Umföhren aufrecht erhalten.

DZ. Freiburg i. Br., 18. April. Die Beamten des Stationsamtes Freiburg Hauptbahnhof haben als 2. Rate 744 000 M. an ihre Organisationen im April abgeföhrt.

Reutlingen, 16. April. Die gestern vorgenommene Bürgermeistereiwahl hatte das erwartete Ergebnis. Von 627 gültigen Stimmen entfielen auf den bisherigen Bürgermeister Kaiser 608 Stimmen.

Aus der Landeshauptstadt.

* Bürgermeistereiwahl. Da die am 16. d. M. vorgenommene Wahl eines stellvertretenden Bürgermeisters ergebnislos verlaufen ist, wird eine neue Wahltagfahrt auf Donnerstag, den 26. April d. J., nachmittags von 5 bis 6 Uhr, in den großen Rathsausschluß anberaumt. Der Stadtrat läßt die Mitglieder des Bürgerausschusses hierdurch zur Wahl ein.

* Wettbewerb, Siedelung an der Alb. Die Stadt Karlsruhe hat zur Erlangung von Entwürfen für eine Siedelung an der Alb unter den in Karlsruhe wohnhaften und gleichzeitig hauptberuflich tätigen Bauingenieuren einen öffentlichen Wettbewerb veranstaltet. Im ganzen sind 33 Entwürfe eingegangen. Das Preisgericht, das am 10. d. M. zusammentrat, erteilte die nachstehenden Preise:

Je einen 2. Preis: Kennwort „Rot lehrt sparen“, Verfasser Dipl.-Ing. Karl S. Sanjer, Architekt Heinrich Schmitt und Reg.-Baumeister Wilhelm Schmidt; Kennwort „Wärmluft“, Verfasser Dr. Ing. Otto Gruber und H. V. Gutmann, einen 3. Preis: Kennwort „Gochufer“, Verfasser Reg.-Baumeister Fridolin Pösch, einen 4. Preis: Kennwort „Karwode“, Verfasser Dipl.-Ing. Fr. Köppler und S. Zell, Architekten, einen 5. Preis: Kennwort „Aspirin“, Verfasser Stadtbaurat Otto Roth.

Zum Anlauf empfohlen wurde der Entwurf „Zeitgerecht“, Verfasser Architekten Messing und Leubert.

Die Entwürfe sind in der Zeit vom Sonntag, den 15. April 1923 bis einschließlich Sonntag, den 22. April 1923 jeweils von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr im kleinen Festsaal (Eingang Ostseite) zur Besichtigung öffentlich ausgestellt.

* Pakete ins Ruhrgebiet. Nach folgenden Orten des Ruhr- einbruchsgebietes sind gemündliche Pakete aus dem unbesetzten Deutschland wieder zugelassen: Ayrath, Dornap (Kr. Reitmänn), Düsseldorf nebst Vororten, Heiligenhaus (Niederreihn), Langenberg (Rheinland), Reiviges, Reivigsheide, Völkert (Rheinland), Völkert, Wülfrath (Kr. Reitmänn). Nach Herbest-Dorsten werden Pakete jeder Art angenommen.

* Kaffee des Westens. Auf das heute abend stattfindende Sonderkonzert wird hingewiesen.